
Eine Alternative zum Neoliberalismus

Rezension von: Rainer Bartel, Hermann
Kepplinger, Johannes Pointner, Besser
als Neoliberalismus: Solidarische Wirt-
schaftspolitik, Verlag des ÖGB, Wien
2006, 326 Seiten, € 21.

Das Ziel des Buches ist die Aufklärung über den Neoliberalismus bei gleichzeitigem Aufzeigen einer Alternative – der „Solidarischen Wirtschaftspolitik“. Auf 326 Seiten wird in neun Kapiteln eine große Themenpalette aufgearbeitet: von der Darstellung des Wesens des Neoliberalismus über Budget- und Industriepolitik bis zum Arbeitsmarkt und der ökonomischen Situation in Oberösterreich.

Die drei Autoren, Rainer Bartel, Hermann Kepplinger und Johannes Pointner sind ausgebildete Ökonomen, die über die Wissenschaft ihren Weg in die Politik gefunden haben. Die Ambivalenz zwischen Theorie und Praxis ist im vorliegenden Buch teilweise spürbar. In manchen Passagen des Buches wird zwischen diesen beiden Welten hin und her gesprungen. Es ist für die LeserInnen nicht immer eindeutig, ob es sich eher um eine programmatische Schrift oder doch mehr um ein Lehrbuch handelt.

Für den Charakter eines Lehrbuchs spricht: das strukturierte Heranführen der LeserInnen an komplexe Themen, Darstellung historischer Kontexte, das häufige Verwenden von Zitaten und die Literaturhinweise am Ende eines jeden Kapitels.

Für eine programmatische Schrift sprechen die klaren politischen Positionierungen: Es ist eindeutig ein Produkt seiner Zeit – der Endphase der

Schwarz-Blau/Orangen-Regierung. Mit der Wirtschaftspolitik der vorherigen österreichischen Regierung wird in diesem Buch schonungslos abgerechnet.

Im Folgenden soll auf einige Kapitel des Buches näher eingegangen werden: das Kapitel über den Neoliberalismus, jenes zur Budgetpolitik und das Schlusskapitel über die Solidarische Wirtschaftspolitik als Gegenentwurf zum Neoliberalismus.

Im Anfangskapitel „Neoliberalismus, Kritik und Alternativen“ wird auf die Entwicklung vom Liberalismus zum Neoliberalismus eingegangen. Adam Smith trat gegen den vorherrschenden Wirtschaftsdirigismus der absolutistischen Staaten und der Zünfte auf. Dieser Theorie wurde durch immer radikalere Ausformungen und deren sowohl ökonomische als auch soziale Auswirkungen die Legitimität entzogen.

Der Liberalismus konnte sich jedoch von diesem „Rückschlag“ erholen und feierte seine Auferstehung im Neoliberalismus. Dieser wird von den Autoren sehr treffend wie folgt beschrieben: „Alte Rezepte werden also allzu billig als moderne verkauft, obwohl sie den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ... und Herausforderungen ... nicht mehr entsprechen. Daher wird der Neo-liberalismus zuweilen auch mit der Bezeichnung ‚Vulgärliberalismus‘ bedacht.“ (S. 18)

In diesem Kapitel wird erfolgreich die Theorieentwicklung und die historischen Ereignisse auf der einen Seite und die Transmission in die politische Agenda auf der anderen Seite prägnant dargelegt. In Österreich gelang dem Neoliberalismus der Durchbruch im internationalen Vergleich relativ spät. Die Autoren datieren diesen mit der politischen Wende 2000. Die neoliberalen „Reformen“ und Verände-

rungen in den Jahren 2000 bis 2006 werden in diesem Buch sehr ausführlich kritisch dargestellt. Die Autoren halten zwar fest, dass es bereits vor 2000 einen schleichenden Erfolg neoliberaler Ideen unter der „Großen Koalition alt“ gab, jedoch fällt die Analyse zu den 90er Jahren sehr knapp und vergleichsweise mild aus.

Sehr überzeugend legt das Buch dar, dass Makroökonomie mehr als die Summe von einzelnen mikroökonomischen Einheiten ist. Dieser Unterschied wird anhand des Charakters von öffentlichen Gütern, anhand der Notwendigkeit von staatlichen Regeln für einen funktionierenden Wettbewerb und anhand der speziellen Funktion des Staates, welcher der Spezialist für Gemeinschaftsinteressen ist, illustriert. Für die Autoren ist Liberalisierung kein Allheilmittel, vielmehr hat sich gezeigt, dass diese im Gegenteil viele unfreier macht. „Ökonomischer Liberalismus ist ein Konzept, das strategisch dazu eingesetzt wird, ökonomische Ungleichheit zu verstärken.“ (S.33)

Im Kapitel „Öffentliche Finanzen – in Zahlen gegossene Politik“ wird sehr umfassend auf die verschiedenen Aspekte des Budgets eingegangen. Die Spanne reicht von einer kritischen Beurteilung der Neuen Politischen Ökonomie (NPÖ) und Erläuterungen zu den Staatsfunktionen bis zur Herausarbeitung der wesentlichen Unterschiede zwischen dem Staat und privaten Haushalten.

Wertvoll ist die Gegenüberstellung der funktionellen Finanzwissenschaft und der NPÖ. Die Autoren arbeiten heraus, dass die NPÖ durch ihre Regelbindung versucht, den Spielraum für die Politik einzuschränken. Als zentralen Unterschied zwischen der NPÖ und der funktionellen Finanzwissenschaft wird die Abwägung zwischen

Staats- oder Marktversagen gesehen.

Auf die verschiedenen Staatsfunktionen (Allokations-, Stabilitäts- und Verteilungsfunktion) wird ausführlich und in verständlicher Art und Weise eingegangen. Neben Abschnitten zu Kreislaufzusammenhängen, Bewertung staatlicher Aufgabenerfüllung sowie zum Gender Budgeting sind vor allem die Ausführungen zum Wesen des Staates hervorzuheben. Der Staat ist weder ein Unternehmen noch ein privater Haushalt.

Anhand einer fiktiven Berechnung der Maastricht-Stabilitätskriterien¹ (Nettoneuverschuldung und Schuldenstände) für die umsatzstärksten Unternehmen des ATX wird illustriert, dass eine expansive Unternehmenspolitik in diesem Korsett von Regulierungen nicht möglich wäre. Erfolgreiche Unternehmen wie Verbund oder OMV würden beide Kriterien deutlich verfehlen. In Summe weisen die ATX-Unternehmen einen Schuldenstand von 86% und eine Neuverschuldung von 11% pro Jahr auf. Dadurch wird auch die Vermögensillusion der Kameralistik veranschaulicht. Im Gegensatz zur Bilanzierung bei Unternehmen wird man in der Kameralistik durch den Verkauf von Aktiva reicher und durch Investitionen ärmer. Dies ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb die Autoren ihre Forderung nach einem doppischen² Rechnungswesen für die öffentliche Hand erheben. Sie erhoffen sich dadurch in der Diskussion über die Nachhaltigkeit der Budgetpolitik eine Verschiebung weg von der Schuldenquote in Richtung der Eigenkapitalquote. Zusätzlich sollte durch die geänderte Darstellung ein transparenteres Gesamtbild der staatlichen Tätigkeiten möglich werden, denn auch ausgegliederte Einheiten könnten besser integriert werden.

Gegen die Vereinfachung der me-

dialen und politischen Darstellung der Budgetpolitik und die Reduktion auf die Kennzahl „Neuverschuldung“ ziehen die Autoren zu Felde. Ein aktuelles Beispiel für die Vereinfachung ist die Berichterstattung der ZiB 2 vom 29. 3. 2007 zur Budgetrede zum Doppelbudget 2007/2008: „Reformen werden jedenfalls notwendig sein, will Finanzminister Molterer sein Ziel erreichen und Österreich zur Nummer 1 in Europa machen. Derzeit ist man davon noch weit entfernt. Im Vergleich der alten 15 EU-Staaten liegt Österreich mit dem für heuer angepeilten Budgetdefizit von 0,9% nur an 9. Stelle.“ Anhand einer einzigen Kennzahl wird der Versuch unternommen, ein ganzes Budget zu beurteilen. Beschäftigungslage, Verteilung, Art und Zustand des Sozialsystems und Ähnliches werden in dieser Beurteilung einfach ignoriert. Diese Vereinfachung wird der Komplexität eines Budgets bei weitem nicht gerecht. Bezüglich dieses Themas zeigen die Autoren, dass Staatsschulden eine gute Wohlfahrts- und eine gute Beschäftigungssituation weder garantieren noch ausschließen können.

Mit ihrem Abschlusskapitel zur Solidarischen Wirtschaftspolitik gelingt den Autoren die Klammer zum Anfangskapitel über den Neoliberalismus. Es stellt eine Zusammenfassung der vorherigen Kapitel dar und zeigt gleichzeitig eine Alternative zum Neoliberalismus auf. Die Solidarische Wirtschaftspolitik unterscheidet sich vom Neoliberalismus dahingehend, dass sie die Probleme der Menschen ernst nimmt und der Staat aktiv eingreift. Denn der Markt allein ist nicht imstande, alle Probleme zu lösen. Der Staat als Spezialist für öffentliche Angelegenheiten kann von einer übergeordneten (Makro-)Ebene aus den Wohlstand für eine Gesellschaft maximieren, und dieser ist mehr

als die Summe der Einzelnutzen. Lösungsrezepte für Unternehmen oder gar Privathaushalte mögen erfolgreich auf deren Ebene sein, jedoch sind diese oft ungeeignet auf der Ebene des Staates. Vielmehr erheben die Autoren die Forderung, dass der Markt wieder vermehrt in die Gesellschaft eingebettet werden sollte und nicht umgekehrt.

Wie der Name schon sagt, ist für die Solidarische Wirtschaftspolitik das solidarische Element von besonderer Bedeutung. Von dieser Politik profitieren nicht nur die SystemverliererInnen, sondern auch die so genannten Eliten. In der Pensionsdiskussion wird dem Umlageprinzip der Vorzug gegenüber dem Kapitaldeckungsverfahren gegeben. Arbeitslosigkeit wird nicht als eine freiwillige Sache gesehen, sondern vor allem als ein Problem der mangelnden ökonomischen Nachfrage.

Die theoretische Basis der Solidarischen Wirtschaftspolitik ist eine neue Form des Keynesianismus, der den komplexeren Problemen der heutigen Zeit Rechnung trägt. Dies bedeutet, dass zum Ersten der Stabilisierung der Erwartungen nicht nur kurz-, sondern mittel- und langfristig Bedeutung eingeräumt und zum Zweiten auf das Design der notwendigen Nachfrageimpulse zur Wirkungsoptimierung mehr Wert gelegt wird.

In den Ausführungen zur Solidarischen Wirtschaftspolitik findet sich etwas unvermittelt die Formulierung „Die Sozialdemokratie ist die ideologische Heimat der solidarischen Wirtschaftspolitik.“ Die Einschränkung, dass auch neoliberales Gedankengut immer wieder Anklang in der Sozialdemokratie findet, sucht man an dieser Stelle vergeblich.

Besonders in diesem Kapitel wird deutlich, dass der internationalen und insbesondere der europäischen Ebe-

ne in diesem Buch zuwenig Platz eingeräumt wird. Ausführungen der drei Autoren zur Solidarischen Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene wären jedenfalls wünschenswert gewesen.

Das Buch ist mit seinen vielen Unterkapiteln und seiner breiten Themenpalette ein Nachschlagewerk, auch wenn es manchmal an eine Textsammlung erinnern mag. In manchen Passagen hätte eine Straffung des Textes nicht geschadet. Wie bereits ausgeführt, eignet sich das Buch nur bedingt als Lehrbuch, da die Autoren ihre politischen Präferenzen nicht verhehlen können bzw. auch nicht verhehlen wollen.

Die drei Autoren zeigen mit diesem Buch, dass es sich für PolitikerInnen auszahlt sich in fundierter Art und Weise mit Ökonomie auseinanderzusetzen. Sie leisten zudem einen wertvollen Beitrag zur Vermittlung von

komplexen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen.

Tobias Schweitzer

Anmerkungen

- ¹ Schuldenstand bzw. Nettoneuverschuldung in Prozent des Umsatzes. Als adäquaten Ersatz für das BIP sehen die Autoren bei den Unternehmen den Umsatz an, da dieser den Umfang der Tätigkeiten eines Unternehmens beschreibt.
- ² Doppik ist ein Kunstwort aus der öffentlichen Verwaltung in Unkenntnis der Handhabung der doppelten Buchführung als Standardinstrument der Betriebswirtschaftslehre. Die Abkürzung steht für die kaufmännische DOPPELte Buchführung in Konten Soll und Haben. Die Doppik ist lediglich eine Verfahrensweise in der doppelten Buchführung, mit dieser also begrifflich nicht identisch. (Wikipedia, Aufruf am 20. 6. 2007).